



„Flucht und politische Verfolgung der Oromo in Äthiopien“
"Keine Hilfe für Afrikas Gewaltherrscher: Fluchtursachen in Äthiopien tatsächlich bekämpfen"

Mittwoch 15.3. 2017 im ibz. Beginn 19.-30 Uhr

Die Oromo sind auf der Flucht vor Verfolgung und Massakern.
Felleke Bahiru Kum ist Generalsekretär der Union of Oromo Students in Europe-Germany und Menschenrechtspreisträger der Stiftung Pro Asyl 2009

Er berichtet über die aktuelle Politische Situation in Oromia, den modernen Landraub durch die Politik der reichen Welt gegen das Oromo Volk und die Vergessenheit und das Leid der Oromo. Dies alles stellt einen Hintergrund für die Fluchtbewegung aus diesem Teil Afrikas dar.

Koproduktion mit dem ibz, Karlsruhe

Verfolgung der Oromo in Äthiopien

Die Oromo machen mit mehr als 40 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte ethnische Gruppe Äthiopiens aus. Seit 25 Jahren leiden sie unter willkürlichen Verhaftungen, Folter, Vergewaltigung, Verschleppungen, außergerichtlichen Hinrichtungen und anderen massiven Menschenrechtsverletzungen. 95 Prozent aller Gefangenen im Land sind Oromo. Sie werden aufgrund ihrer ethnischen Abstammung verfolgt.

Landraub im großen Stil

1,5 Millionen Kleinbauern haben im Großraum Addis Abeba in den vergangenen zehn Jahren durch Landraub ihre Äcker verloren oder ihre Weidegebiete eingebüßt. Die Folgen dieses Landraubs sind gravierend: Verlust von Identität und Kultur, wachsende Umweltprobleme und zunehmende Armut, die mit zur massiven Hungerkatastrophe beitrug, die 2015 das Überleben von zehn Millionen Menschen bedrohte. Der von der Regierung aufgestellte Plan zur Bodennutzung in der Oromia-Sonderzone gilt als verfassungswidrig und wurde ohne Zustimmung der Betroffenen verabschiedet.

Krieg gegen unbewaffnete Oromo-Demonstranten

Zehntausende Gymnasiasten und Studenten aus ganz Oromia demonstrierten im Mai 2014 friedlich gegen den Master-Plan. Die Proteste begannen in dem 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernten Ambo, wo Sicherheitskräfte mehr als 50 Demonstranten töteten. Im Mai 2014 kamen bei verschiedenen Protesten mehr als 80 Oromo ums Leben, Hunderte unbewaffnete Zivilisten wurden verletzt, Tausende verhaftet. Um die Demonstrationen wirksamer zu unterdrücken, verhängte die Regierung Ende Dezember 2015 den Ausnahmezustand für Oromia und sandte mehr als 50.000 Sicherheitskräfte in die Region. Trotzdem nahmen die Proteste weiter zu und blieben meist friedlich, bis zu dem Blutbad bei dem Ireechaa-Fest im Oktober 2016.

Mehr als 1.200 Oromo starben in nur drei Monaten

Allein zwischen August und Oktober 2016 gab es vier einschneidende Ereignisse, die zum gewaltsamen Tod von mehr als 1.200 Oromo führten. So wurde am 6. August 2016 in mehr als 200 Städten Oromias und in der Hauptstadt gegen die Regierungspolitik demonstriert. Bei der blutigen Niederschlagung dieser Proteste kamen mehr als 188 Menschen zu Tode, Zehntausende verhaftet und in Militärcamps gebracht. Die Situation in diesen Lagern ist verheerend. Bei einem Brand in dem Hochsicherheitsgefängnis Qilinto am Stadtrand der Hauptstadt kamen am 3. September 69 Personen, darunter zahlreiche politische Gefangene, ums Leben. Die meisten Opfer, mindestens 678 Menschen, waren bei dem Ireechaa-Fest am 2. Oktober zu beklagen. Mehr als zwei Millionen Oromo hatten an dem Erntedankfest nahe der Stadt teilgenommen. Entgegen vorheriger Absprachen versuchten die Behörden, das religiöse Fest für ihre politische Propaganda zu nutzen. Auf die daraus resultierende Protestmenge antworteten die Sicherheitskräfte mit Tränengas, Schüssen und in die Menge fahrenden Militärfahrzeugen. Bei weiteren Demonstrationen und Straßensperren der Oromo wurden (zwischen dem 10. und 17.) im Oktober (weitere) 283 Angehörige der ethnischen Volksgruppe getötet.

Laut der Einschätzung von Menschenrechtsexperten wird ein Genozid verübt, wenn mehr als 1.000 Angehörige einer ethnischen Gruppe innerhalb eines Jahres gezielt aus politischen Gründen getötet werden.